

Irisches Referendum zum EU-Finanz- und Stabilitätspakt am 31. Mai



Irishes Referendum zum EU-Finanz- und Stabilitätspakt am 31. Mai

Der Termin für den irischen Volksentscheid über den EU-Finanzpakt wurde, wie Außenminister Eamon Gilmore am 27. März im Dáil in Dublin ankündigte, auf Donnerstag, den 31. Mai 2012 festgesetzt – wieder mal ohne Rücksicht auf den ij-Redaktionsschluss. Er fügte hinzu, dass die Regierung zuversichtlich sei, dass sich eine Mehrheit der Iren für den Pakt aussprechen würde.



Eamon Gilmore

Enda Kenny 'zuversichtlich'

Bereits im Februar hatten Taoiseach Enda Kenny und Tánaiste Eamon Gilmore bekannt gegeben, dass eine Volksabstimmung über den in Brüssel vereinbarten Europäischen Finanzpakt stattfinden werde. Diese Entscheidung sei nach Anraten der Generalstaatsanwältin Máire Whelan getroffen worden.

Der Finanzpakt, den die europäischen Staats- und Regierungschefs ausgehandelt haben, und der bereits von 25 der 27 Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert worden ist, soll den Euro retten und die europäische Schuldenkrise beenden. Der Finanzpakt sieht strengere Defizitregeln für die Länder der Eurozone vor – er zielt auf, so Gilmore nach einer Kabinettsitzung, "langfristige Stabilität, wirtschaftliche Erholung, Wachstum und Arbeitsplätze." Ein Ja-Votum werde internationale Kreditgeber darin bestärken, Irland wieder Geld zu vernünftigen Konditionen zu leihen. Ein Nein-Votum würde Irland von möglicher weiterer EU-Finanzhilfe abschneiden.

Auch Taoiseach Enda Kenny sagte, er sei "zuversichtlich", dass die Iren der Vertragsänderung zustimmen würden: "Ich bin davon überzeugt, dass eine Zustimmung im nationalen Interesse Irlands liegt." Die Annahme des Fiskalpaktes sei "vital" für Irlands wirtschaftliche Erholung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Abstimmung gebe den irischen Wählern die Chance, ihre Festlegung auf ein verantwortungsvolles Haushalten zu bestärken und abzusichern, dass es keine Wiederholung des rücksichtslosen wirtschaftlichen Missmanagements geben werde, dass das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geführt habe.

'Austeritätspakt'

Fianna Fáil-Chef Micheál Martin kritisierte, dass die Opposition nur 8 Minuten vor dem Statement Enda Kennys im Dáil über den Referendumsbeschluss in Kenntnis gesetzt worden war – stimmte aber dem Referendum zu. Sinn Féin und eine Gruppe linker Abgeordneter hatten bereits mit einer Klage gedroht, falls kein Referendum über den "Austeritätspakt" angesetzt würde. Die Frage sei, ob die Regierung das Votum dann auch akzeptiere.

Sinn Féin-Präsident Gerry Adams TD begrüßte auch die Ankündigung des Termins für das Referendum, bekräftigte aber gleichzeitig, dass seine Partei bis zum Wahltag eine energische Kampagne durchziehen werde, um für ein Nein zu dem EU-Fiskalpakt zu werben: "Sinn Féin ist der Ansicht, dass dieser Vertrag schlecht für Irland und für die EU ist, und dass er die Austerität in unserer Verfassung und im internationalen Recht institutionalisiert, und zwar auf Dauer."

Joe Higgins TD, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei und einer der Wortführer gegen den EU-Finanzpakt, warf der Regierung vor, gemeinsame Sache mit dem europäischen Establishment zu machen, um weitere Jahre der sozialen Einschnitte, Steuererhöhungen und Bankenverluste zu Lasten des Steuerzahlers durchzudrücken. Der Vertrag werde Irland in einen Zustand "permanenter Austerität" einbinden.

Gewerkschaften gespalten

Einige der großen irischen Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern empfohlen, mit Nein zu stimmen. Unite, Mandate und die TEEU (Technical, engineering and Electrical Union) begründeten ihren Schritt damit, dass es sich zunehmend zeige, dass Austerität nicht funktioniere, wie TEEU-Generalsekretär Eamon Devoy erklärte: "Die rechte Agenda von Kanzlerin Merkel mag in Deutschland Sinn machen, für unsere Wirtschaft und für unser Volk ist sie ein Todesurteil."

Der Irish Congress of Trade Unions, die Dachorganisation der Gewerkschaften in Irland, hat dagegen beschlossen, neutral zu bleiben und keine Abstimmungsempfehlung zu erteilen.



Ó Cuív scherte aus

Taoiseach Enda Kenny, auf Wirtschaftsmission in China, betonte die Wichtigkeit eines Ja-Votums für Irland: es sei "ein Statement des Vertrauens in unser Land und in uns selbst," sagte er: "ein Statement für unsere Zukunft."

Auch Irlands Europaministerin Lucinda Creighton nannte die Zustimmung zum Finanzpakt im Interesse des Staates: "Sinn Féin scheint zu glauben, dass wir allen Nutzen aus der EU ziehen können, aber ganz ohne eigene Verantwortung." Wer aber glaube, Europa werde sich schon um Irland kümmern, egal wie die Abstimmung über den Stabilitätspakt ausgehe, der lebe in einer "Phantasiewelt".

Während Micheál Martin Fianna Fáil auf Zustimmung eingeschworen hatte, scherte sein ehemaliger Stellvertreter im Parteivorsitz, Éamon Ó Cuív, aus. Er setzte sich, wie auch einige Kommunalvertreter von Fianna Fáil, Fine Gael und Labour, für ein Nein bei der Abstimmung ein.

Umfragen deuten auf ein Ja für den EU-Finanzpakt

In der Umfrage der *Sunday Business Post* vom 25. März 2012 votierten 49% für ein Ja beim bevorstehenden Referendum, fünf Prozent mehr als noch drei Wochen zuvor; 33% wollten mit Nein stimmen (vier Prozent mehr) – während immer noch 18% unentschieden waren. Ohne die Unentschlossenen bedeutete dies ein 60:40 Ergebnis – genau wie in der vergleichbaren Umfrage drei Wochen zuvor. Laut der nächsten Umfrage der *Sunday Business Post*, veröffentlicht am 29. April, hatten 47% für ein Ja,

35% für ein Nein votiert, und immer noch 18% Unentschlossene gab es.

Nach einer am 19. April veröffentlichten Irish Times/Ipsos MRBI-Umfrage war das irische Referendum zum Euro-Fiskalpakt am 31. Mai noch bei weitem nicht in trockenen Tüchern. 39% der Befragten wollten sich noch nicht festlegen, wie sie abstimmen würden. 30% hatten vor mit Ja zu stimmen, 23% wollten Nein sagen. Und 8% hatten nicht vor an der Abstimmung teilzunehmen.

Nein verliert an Terrain

Ohne die Unentschlossenen ergab sich ein vordergründig eindeutiges Bild – 58% für, 42% gegen den Euro-Stabilitätspakt. Doch der Ausgang hängt von den noch Unentschlossenen ab. Vor dem Lissabon-Votum hatte die Ja-Seite einen noch deutlicheren Vorsprung – und am Ende stand eine 53:47-prozentige Ablehnung.

Der Trend aber schien zu sein, dass die Nein-Seite an Terrain verliert. Bei der vorangehenden Umfrage der *Irish Times* im Oktober hatten noch 47% geantwortet, dass sie mit Nein stimmen würden. 25% waren damals noch unentschieden. Und nur 28% waren für eine Zustimmung.

Rückhalt bei Mittelschicht und Bauernschaft

Wie Stephen Collins in der *Irish Times* analysierte, war der Rückhalt für die Regierungsposition, d.h. für ein Ja, in der Mittelschicht und bei den Bauern besonders stark ausgeprägt; in der Arbeiterschaft dagegen herrschte überwiegend Skepsis. Auch gebe es geschlechtsspezifische Unterschiede: Männer seien eher einem Ja zugeneigt, während fast die Hälfte aller Frauen sich noch nicht entschieden hätte.

Nach politischen Parteien geordnet zeigte die Umfrage, dass Fine Gael-Wähler mit 54% Zustimmung (9% Ablehnung; 34% unentschieden) am deutlichsten hinter der Regierung standen; auch die Anhänger des Koalitionspartners Labour waren mit 33% dafür (17% dagegen; 46% unentschieden). Die Wähler der ehemaligen Regierungspartei Fianna Fáil waren ebenfalls deutlich auf der Ja-Seite – 41% (20% Nein; 36% unentschieden).

Die Nein-Seite überwog bei Wählern von Sinn Féin – 48% dagegen; 12% dafür; 33% unentschieden – und der Unabhängigen und Linken. Bei grünen Wählern dagegen sprachen sich zwei Drittel für den Pakt aus.

Zweites Rettungspaket?

58% der Befragten glaubten darüber hinaus, dass Irland ein zweites Finanzrettungspaket benötigen werde, wenn das jetzige im Jahr 2014 ausläuft – und das obwohl Taoiseach Enda Kenny und seine Minister nicht müde werden, genau dies zu verneinen.



Micheál Martyin beim Start der Fianna Fáil-Kampagne für das Referendum

Insgesamt ist die überwiegende Mehrheit der Iren nach wie vor der Meinung, dass Irland in der EU gut aufgehoben sei. 66% finden es gut, dass Irland Teil der Gemeinschaft ist – 22% sind gegenteiliger Ansicht, und 12% haben zu der Frage keine Meinung.

Keine Rücksicht hat Irland mal wieder auf unsere Erscheinungsweise genommen.

Deshalb: ab spätestens 4. Juni lest ihr das Wahlergebnis (und natürlich einen Kommentar dazu) hier:

www.ireland-journal.de